



Pressemitteilung

„Wir sind Stuttgart 21 e.V.“ bildet breites Bündnis in der Region Stuttgart zur Volksabstimmung am 27. November

Stuttgart, den 11. Oktober 2011

Angesichts der bevorstehenden Volksabstimmung haben sich die Befürworter von Stuttgart 21 in der Region Stuttgart unter dem Dach des Vereins „Wir sind Stuttgart 21 e.V.“ zusammengeschlossen, um möglichst viele Menschen zu mobilisieren, bei der Volksabstimmung am 27. November mit NEIN zu stimmen. Im Rahmen der landesweiten, vom Verein Pro Stuttgart 21 e.V. getragenen Kampagne konzentriert sich das Bündnis dabei auf die Region Stuttgart.

Neben den bisher bereits in dem Verein zusammengeschlossenen Initiativen „Laufen für Stuttgart“, „ProSit Stuttgart 21“ und „Aktionsgemeinschaft für Stuttgart 21“ sind die bürgerschaftlich getragenen Bündnisse „Juristen für Stuttgart 21“ und „Unternehmer für Stuttgart 21“ dem Bündnis beigetreten. Darüber hinaus haben die Freien Wähler, Kreisverband Stuttgart und die Kreisverbände der Pro-Stuttgart 21-Parteien CDU und FDP sowie die SPD-Gemeinderatsfraktion und eine Gruppe Stuttgarter SPD Mitglieder ihren Beitritt erklärt.

Dem Vorstand des Vereins gehören Christian List (Laufen für Stuttgart, Vorsitzender), Johannes Bräuche (ProSit Stuttgart 21, stellvertretender Vorsitzender), Steffen Kauderer (Laufen für Stuttgart), Susanne Wetterich (Aktionsgemeinschaft für Stuttgart 21) und Dr. Georg Zinger (Schatzmeister) an. Vorstandsmitglied und Sprecher für die Kampagne zur Volksabstimmung ist Prof. Stefan Faiß (Juristen für Stuttgart 21).

Der Vorstand des Vereins wird von einem Beirat unterstützt, dem mittlerweile 80 Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft angehören (siehe Aufstellung in der Anlage).

Umfragen zu Folge bekennen sich sowohl im Stadtgebiet von Stuttgart als auch in der Region Stuttgart die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger für das Projekt Stuttgart 21. Ziel des Bündnisses ist, diese Menschen zur Teilnahme an der Volksabstimmung zu bewegen und in Verantwortung für das Land zu verhindern, dass durch eine Kündigung der Stuttgart 21-Verträge von der Landesregierung 1,5 Milliarden Euro an Steuergeldern als Schadenersatz verschleudert werden.

Ausdrücklich kritisiert das Bündnis „Wir sind Stuttgart 21“ dabei die für Bürger unverständliche Formulierung und verwirrende Fragestellung. Mit der Bezeichnung „Ausstieg“ wird zudem suggeriert, es gehe um die Realisierung des Projekts insgesamt und nicht lediglich um die finanzielle Beteiligung des Landes. Zudem wird verschwiegen, dass die Verträge gar kein Kündigungsrecht vorsehen.

Darüber hinaus will das Bündnis klarstellen, dass die Kündigung der Verträge zwangsläufig nicht nur negative Folgen für den Bahnhofsneubau, sondern auch für die Neubaustrecke nach Ulm nach sich ziehen würde.

Das Bündnis „Wir sind Stuttgart 21“ will im Zusammenhang mit der Kampagne erneut die großen Vorteile, die Stuttgart 21 für die Stadt, den Schienenverkehr, speziell den Nah- und Regionalverkehr und die Ökologie hat, herausstellen.

Der Verein „Wir sind Stuttgart 21“ wird die Aktivitäten der einzelnen Initiativen und Parteien zur Volksabstimmung in der Region koordinieren. Dabei sollen die Werbemittel und Motive der landesweiten Kampagne übernommen und durch Motive und Slogans zu regionalen Themen ergänzt werden. Angesichts der Tatsache, dass Stuttgart im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen liegt, sind in der Region auch besondere und zusätzliche Anstrengungen nötig. Konkret wird das Bündnis – neben mindestens 1000 zusätzlichen Plakaten – zusätzlich Großflächenplakate und Großtransparente zum Einsatz bringen. Im Zentrum sollen allerdings bürgerschaftliche Aktionen stehen, die eindrucksvoll verdeutlichen, dass viele engagierte Menschen mit ihrem Namen und auch durch Spenden für Stuttgart 21 eintreten. Geplant sind daher neben Plakatierungen und Informationsständen, die vor allem von den Parteien organisiert werden, die Weiterführung der Anzeigenaktion der „Aktionsgemeinschaft für Stuttgart 21“ sowie Postkartenaktionen. Über persönliche Aktionen der Befürworter in ihren jeweiligen Netzwerken und Freundeskreisen sollen möglichst viele Menschen persönlich angesprochen werden. Die „Juristen für Stuttgart 21“ werden in bewährter Weise fachlich fundiert zu die Auseinandersetzung um Stuttgart 21 betreffenden rechtlichen Fragen Stellung beziehen.

Ein weiteres wichtiges Mittel ist die Facebookseite „Für Stuttgart 21“. Mittlerweile haben sich dort 176.500 Menschen durch das Anklicken „Gefällt mir“ zum Projekt Stuttgart 21 bekannt. Finanziert wird die regionale Kampagne ausschließlich durch Spenden.